

Albig: Ein klares Ja zum Belttunnel

Lübeck – In bisher ungewohnter Deutlichkeit hat sich Regierungschef Torsten Albig (SPD, Foto) in Lübeck zum Bau des Fehmarnbelttunnels be-



kannt. „Die Querung kommt“, sagte er auf einem Forum von IHK und Landesregierung. Für die Sorgen der Kritiker habe er trotzdem allergrößtes Verständnis. **Seiten 2 und 7**

KOMMENTAR

Albigs Bekenntnis zum Belttunnel *Mehr als ein „Basta“*



Von Curd Tönnemann

Torsten Albig will, seine Landesregierung will, die Opposition sowie so: Zum Fehmarnbelttunnel kommt ein uneingeschränktes Ja aus Kiel. Das war nicht immer so. Albig redet nicht länger um den heißen Brei herum: Das dänische Parlament habe die Gelder für den Bau der festen Querung bewilligt und das Projekt auf dänischer Seite damit de facto begonnen. So hat Albig es in einem Brief an kritische Bürgerinitiativen formuliert. Das sei Realität, sagt Albig. Ausrufezeichen. Klare Worte, die er in Lübeck bekräftigte.

Die Grünen im Albig-Kabi-

nett dürften schlucken. Die Gegner des Projekts in der eigenen Fraktion genauso. Die besorgten Menschen in den Bürgerinitiativen, die neuerdings wieder Zulauf erhalten, erst Recht. Ihnen drohen 75 superlange Güterzüge täglich – unmittelbar vor der Haustür.

Alle drei Gruppen muss Albig mitnehmen. Das wird nicht einfach. Albig muss beweisen, dass er das erfolgreich kann. Ein „Basta“ allein kann es nicht sein. Gestern Abend in Lübeck hat Albig einen ersten Schritt dahin gemacht: Miteinander statt gegeneinander. **Bericht Seite 7**

Albig: Verständnis für die Gegner, aber „der Belttunnel kommt“

IHK und Landesregierung luden zur Diskussion über Chancen und Risiken des Projektes ein.

Von Curd Tönnemann

Lübeck – Torsten Albig (SPD) schlägt in der Diskussion um den Bau des Fehmarnbelttunnels und dessen Hinterlandanbindungen versöhnliche Töne an. „Ich weiß, dass einige Menschen in der Region nicht die Hoffnungen teilen, die wir mit der Beltquerung verbinden. Weil sie sich um ihre Zukunft sorgen“, sagte der Kieler Ministerpräsident im Lübecker Hotel Atlantic vor 150 Gästen aus Wirtschaft und Politik. Lübecker IHK und Kieler Landesregierung hatten eingeladen. In der Sache aber zeigte sich Albig knallhart: Die Entscheidung für das Milliardenprojekt am Belt sei gefallen, die Landesregierung bekenne sich dazu.

Vor der Tür des Tagungsorts sind 200 protestierende Tunnelgegner aufgezogen, die meisten von ihnen in Schwarz gekleidet – ein „Trauermarsch“. Albig stellt sich, IHK-Präses Friederike C. Kühn flieht nach nur fünf Minuten. Vor der Tür fliegen die Fetzen. „Ich habe Sie gewählt. Aber Sie haben mich belogen und betrogen“, geht Demonstrant Günter Sawatzki von Fehmarn den Ministerpräsidenten an. „Ich würde Sie nie wiederwählen.“ Albig versucht's mit Dauerlächeln. „Es gibt kaum woanders eine so große Bürgerbeteiligung wie beim Fehmarnbeltprojekt“, antwortet er, sichtlich um innere Ruhe ringend.

Später im Saal wird Albig sagen: „Wir können unterschiedliche Argumente ertragen, wir können Streit aushalten.“ Aber es gelte für alle Seiten, die Realität wahrzunehmen. „Die Querung kommt.“ Seine Landesregierung stehe dazu. Albig nennt Gründe warum: „Skandinavien rückt näher an Europa heran, Schleswig-Holstein und Hamburg



Torsten Albig sagte Richtung Kritiker: „Dies hier ist keine Jubelveranstaltung. Ganz im Gegenteil.“ Foto: Roeßler

●● Skandinavien rückt näher an Europa und Schleswig-Holstein.“

Ministerpräsident Torsten Albig (SPD)

rücken dadurch stärker ins Zentrum.“ Der Regierungschef wirbt dafür, sich schon jetzt auf diese großen Chancen in den Bereichen Wirtschaft, Arbeit und kulturelle Zusammenarbeit vorzubereiten. Denn schon in der Planungsphase habe sich eine eigene wirtschaftliche Dynamik entwickelt. Viele deutsche Unternehmen seien an den Aufträgen des dänischen Staatsunternehmens Femern A/S

beteiligt. Doch es gebe noch mehr Potenzial.

IHK-Präses Friederike C. Kühn erwartet einen Wachstumsschub für die gesamte Region. In zahlreichen Veranstaltungen habe die Kammer inzwischen weit über 300 Unternehmen aus Deutschland und Dänemark über die notwendigen Voraussetzungen als Auftragnehmer in dem Projekt informiert. Hunderte Menschen seien auf gesellschaftlicher und kultureller Ebene zusammengebracht worden.

Ajs Dam (Femern A/S) verspricht: „Wir werden uns dafür einsetzen, dieses Projekt so umweltfreundlich wie möglich zu realisieren.“ Ein skeptisches Murren geht durch den Saal, denn IHK und Landesregierung haben sich nicht geschämt, auch ausgemachte Kritiker

einzuladen. Dam spricht von 4000 Arbeitsplätzen, die der Tunnelbau schaffe, 600 davon auf deutscher Seite.

Uwe Polkaehn (DGB Nord) kann nicht umhin, „Wasser in den Wein zu kippen. Wir befürchten, dass Arbeitsplätze verlorengehen“ – im Fährverkehr, im Fährhafen von Puttgarden, wo 600 Menschen arbeiten, aber auch im Lübecker Hafen oder in den Häfen Mecklenburg-Vorpommerns. Die in Hochglanz-Broschüren versprochenen Industriegebiete entlang der „Transitstrecke“ seien ihm viel zu abstrakt, kritisiert Polkaehn. „Das muss konkreter, das muss anfassbar gemacht werden.“ Trotz aller Kritik: Der DGB werde sich unterm Strich nicht verweigern. „Wir wollen in den Gestaltungsprozess.“